

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

spd/III/74

Hannover, 23. Juni 1948

Die Tapetenmark

P.R. Die alten Geldscheine werden in der Ostzone durch Überkleben zu neuen gemacht - besser sollte man das Betrügerische des ganzen Verfahrens kaum charakterisieren können. Der Berliner mit seinem Sinn für das Wesentliche einer Situation und für Prägnanz des Ausdrucks spricht bereits von der "Tapetenmark".

Ihr Zweck soll es zunächst sein, eine Sicherung gegen das Hinströmen großer Massen im Westen ungültig gewordenen, im Osten aber zunächst gültig gebliebener Reichsmark überflüssig zu machen. Die neue Mark im Osten wird einen schweren Stand haben. Sie muß, wenn sie sinnvoll sein und wenn der Bevölkerung an ihr etwas liegen soll, Waren kaufen können. Im Westen waren die Waren gehortet, die jetzt die Länder füllen, im Osten ging, was produziert wurde, vor allem nach Rußland und für russische Rechnung sonstwo hin. Auch die neue Mark wird es nicht zurückzaubern.

Es sind bereits eine Reihe vorbereitender Hinweise auf diese neue Währung im deutschen Osten gemacht worden. Unabhängig davon, was im einzelnen Wirklichkeit werden soll, steht aus solchen Hinweisen bereits ihr primär propagandistischer Zweck fest. Die Westzonen haben eine Neuordnung des Geldwesens gehabt - es ist selbstverständlich, daß die im Osten "sozialer, wirtschaftsvernünftiger und in jeder Hinsicht besser" sein wird. Das war bisher mit jeder Sache so, mit der Industrieproduktion, mit der Bodenreform, mit der Wirtschaftsverwaltung. Warum sollte es mit der Währungsreform anders sein? Man wird also eine Reihe von scheinbaren sozialen Vorzügen gegenüber der Regelung im Westen einbauen, aber man wird nicht daran erinnern, daß diese Währungsreform schon die zweite ist. Die erste erfolgte 1945 mit der radikalen Blockierung aller Konten, gleichgültig, ob es sich um den kleinsten Sparrer oder das größte Industrieunternehmen handelte. So ist es - leider - ziemlich sicher, daß in den ausgebluteten Gebieten der Ostzone frei verfügbares Privatvermögen nur noch in sehr geringem Maße vorhanden ist, so daß heute jede Geldreform in diesem Gebiet ohnehin von sehr fragwürdigem Wert sein muß. Die Absicht, der Reform im Westen, deren Volkstümlichkeit und Wirksamkeit höchst unangenehm empfunden wird, den Fang abzulaufen, ist allzu sichtbar, als daß der propagandistische Zweck der entsprechenden Maßnahme im Osten auch nur einen Augenblick übersehen werden könnte.

Mit solchen Feststellungen soll nicht gesagt werden, daß die wesentliche Währungsreform, so wie sie bisher verordnet wurde, voll befriedigend sei. Das, was bisher bekannt geworden ist, kann und soll auch nur ein erster Teil sein. Die Steuerreform, die schon angekündigt wurde, ist ein weiterer Schritt, und Ungerechtigkeiten und Härten sollen vor allem durch den kommenden Lastenausgleich möglichst weitgehend ausgeglichen werden. Das wird Sache der deutschen Stellen sein. Die Einsicht, die hier gesiegt hat, ist in jedem Falle richtig: Operationen, auch wenn sie sehr schmerzhaft sind, sind gut, wenn sie bis zum Kern des Übels vorstoßen.

Offenkundige Mißstände übelster Art, wie sie die Situation im Osten durch die Schuld der Besatzungsmächte und der ihrhörigen Partei bestimmen, durch Mittel eben wie die Ausgabe überklebter alter Reichsmark heilen zu wollen, ist ein törichtes Unterfangen, an dessen Gelingen auch die Initiatoren selbst im Ernst nicht glauben können. Wirklich helfen kann nur echte Hilfsbereitschaft eines Starken. Im Osten aber wurde bisher nur der Wille sichtbar, das verwaltete Gebiet nach allen Regeln der Kunst auszuplündern, im Vergleich zu dem die Konkurrenzmanöver gewisser westlicher Geschäftskreise harmlose Spielereien sind.

Karlshorst beschwichtigt

Wie wir zuverlässig erfahren, hat der kürzliche Besuch der Ostzonen-CDU-Vertreter Muschke, Hickmann und anderer bei Marschall Sokolowski der Vorbereitung des CDU-Parteitag geolten. Anhand der Erfahrungen in den Landesverbänden ist Sokolowski dargelegt worden, daß die Stimmung innerhalb der Parteiorganisation äußerst ungünstig sei.

Es scheint, daß man auf russischer Seite in Karlshorst selbst gewisse Sorgen darüber hat, wie ein Parteitag der CDU verlaufen könnte, nachdem auf dem vorjährigen Parteitag die von der SMA angestrebte Opposition gegen Jakob Kaiser vollständig ausblieb und nachdem sich immer wieder gezeigt hat, daß die Zusammenführung größerer Massen von CDU-Funktionären weniger Beeinflussungs-Möglichkeiten bietet, als sie bei dem unmittelbaren Druck auf einzelne Funktionäre zur Verfügung stehen.

Infolgedessen haben Sokolowski und sein Stab in Aussicht gestellt, daß durch eine amtliche sowjetische Erklärung diesen Besorgnissen vorgebeugt werden würde. Von russischer Seite soll dabei dargelegt werden, daß man keineswegs die Absicht habe, das russische System auf Deutschland zu übertragen, weder das Einparteiensystem, noch die Methoden des Staatsapparates oder des Wirtschaftsapparates. Die russische Politik - so soll ausgeführt werden - hätte zu den Parteien der Ostzone auch das Vertrauen, daß die Regelung der deutschen Verhältnisse nach fortschrittlich-demokratischen Grundsätzen erfolgen würde, deren Beachtung allerdings Voraussetzung für eine freie deutsche Entwicklung sei. Niemand freilich nimmt ernsthaft an, daß hiermit eine Politik eingeleitet würde, da jeder mit der östlichen Terminologie vertrauten schon die unerläßliche Forderung nach "fortschrittlich-demokratischen Grundsätzen" genug sagt.

Ein Kenner über die USA

sp. Gerhard Seger, ehemaliger sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, seit 1934 in den USA, Herausgeber der New Yorker "Neuen Volkszeitung", bereist zur Zeit Deutschland. Er hält Vorträge, wie er es seit 14 Jahren drüben tut, wo er in dieser Zeit in mehr als 9000 Versammlungen gesprochen hat - meist über Deutschland. Er kennt wie wenige Deutsche Land und Leute in Nordamerika, er hat persönliche Fühlung mit sehr vielen maßgebendsten amerikanischen Politikern, sein Urteil hat Gewicht. Aus der Fülle seiner Eindrücke seien einige Bemerkungen wiedergegeben, die er in einem ausführlichen Gespräch mit einem unserer Mitarbeiter hatte.

Seger berichtete von einer Unterhaltung mit Mrs. Eleanor Roosevelt, der er die Frage vorgelegt habe, wie sie es erklären könne, daß der verstorbene Präsident so unentwegt eine appeasement-Politik gegenüber den Sowjets betrieben habe. Die Antwort war verblüffend einfach und überzeugend: nichts habe den Präsidenten mit solcher Sorge erfüllt wie die Gefahr eines Sonderfriedens Stalins mit Hitler. Diese Furcht habe ihn zu immer-neuen Konzessionen an den russischen Verbündeten veranlaßt.

Nach dem Verhältnis der USA zu Deutschland befragt, erklärte Seger: "Die Epoche des Isolationismus ist endgültig vorbei, ebenso wie die des Morgenthau-Plans. Die Außenpolitik des State Departments ist überparteilich und wird es im Sinne eines starken, eindeutigen Engagements in Europa bleiben". Auch die Notwendigkeit des deutschen Wiederaufbaus im europäischen Rahmen steht nach Seger heute außer Frage. Aber durch die großen Parteien der Republikaner und Demokraten läuft die Linie zweier Fraktionen, derjenigen, die Deutschland nur ein bestimmtes, relativ niedriges Lebensniveau zubilligen will und der anderen, die solche Schranken nicht sehen will, sondern sie vorbehaltlos ein wirtschaftlich leistungsfähiges Deutschland als besten Partner empfiehlt. Zu dieser letzten Gruppe gehört auch - "obwohl er Chef der Studébaker-Gesellschaft ist", fügte Seger lächelnd hinzu - Paul Hoffmann, der Leiter der Europa-Hilfe.

"Der Dollar-Imperialismus ist ein überholtes Schlagwort. Der Amerikaner ist Geschäftsmann, wie jedermann weiß. Er erwartet und verlangt, daß in jedem Staat, mit dem er Geschäfte tätigt, ein verankertes System der Rechtsordnung besteht. Wie dieses System in einzelnen aussieht, ob sozialdemokratisch oder konservativ, macht ihm nichts aus. Aber er lehnt diktatorische Regierungen ab, weil in ihnen eben jene sichere Rechtsbasis fehlt. Es sind Beweise erbracht, daß er mit der Macht seines Geldes keinen unmittelbaren politischen Druck ausüben will, wohl aber wünscht er, wirtschaftlichen Einfluß zu gewinnen. Die Welt soll im Frieden leben und Geschäfte machen. Er wehrt sich aber dagegen, seine, fest im Bewußtsein jedes einzelnen Bürgers verankerten demokratischen Einrichtungen, durch fremde politische Ideen unterwühlt zu sehen".

Segers fester Überzeugung nach würden die Amerikaner auch keinen Einspruch gegen die Sozialisierung der Grundstoffindustrien in Deutschland erheben, wenn das Volk in seiner Mehrheit sie wünscht. Die Vorstellung, daß der Sozialismus eine Vorstufe oder mildere Art des Kommunismus sei, habe leider immer noch ihre Anhänger in Amerika, ihre Zahl nehme aber ab. Man beginne einzusehen, daß man die europäischen Dinge nicht mit eigenen Maß messen darf. Kein vernünftiger Amerikaner sei heute von der Kollektivschuld aller Deutschen überzeugt - der Widersinn der Demontage bei gleichzeitiger starker Inanspruchnahme des amerikanischen Steuerzahlers für den deutschen Wiederaufbau werde zunehmend erkannt. Die entsprechenden praktischen Schlussfolgerungen würden sich durchsetzen.

Heimliche Fühlungsnahme zwischen den USA und der UdSSR wegen eines Ausgleichs der bestehenden Differenzen auf Kosten Europas halte er für ausgeschlossen. Man sei fest überzeugt von der Überlegenheit der USA gegenüber einem konkurrierenden Rußland, vergesse freilich nicht, diese Politik durch eine starke militärische Machtentfaltung und Reservenausbildung zu decken. Der Amerikaner sei ein Zivilist, freilich ein sehr robuster, der wenig von Betreuung und Prinzipien allgemeiner Art, sehr viel aber von praktischen Beweisen einer ausständigen Gesinnung und von zupackenden Handeln halte.

(x/1/236/hs)

Eine vernünftige Stimme aus Paris

A.F. Paris, im Juni

Es wäre falsch, anzunehmen, daß die Stellungnahme Frankreichs zur deutschen Frage rein negativ ist. Trotz vieler, für Deutsche oft unverständlicher Äußerungen, trotz des, zumindest theoretischen "Festhaltens an überholten Sicherheitsgriffen", ist man in weiten Kreisen der Öffentlichkeit durchaus bereit, Deutschlands Zukunft realistisch und positiv zu beurteilen. Allgemein kann gesagt werden, daß der Mann auf der Straße viel weniger von den national-strategischen Traditionen der französischen Politik beeinflusst ist als Abgeordnete, Minister und Journalisten.

Die politisch sehr einflußreiche Pariser Abendzeitung "Le Monde" ist von Anfang an, wohl in Kenntnis der Stimmung der Massen, für eine realistische und zukunftsbedingte Deutschlandpolitik eingetreten. Kürzlich nun hat in diesem Sinne der französische Staatsrechtler Maurice Duverger in "Monde" eine sehr bemerkenswerte Antwort auf die Thesen de Gaulles veröffentlicht. Im Folgenden werden die wichtigsten Stellen dieses Artikels auszugsweise wiedergegeben, weil diese vernünftige Stimme Frankreichs auch in Deutschland nicht überhört werden sollte:

"Die Erklärung des General de Gaulles empfiehlt die Bildung einer Handvoll deutscher Miniaturstaaten. Es ist schade, daß soviel Klarsinn mit soviel Verblendung verbunden sein kann, denn eine derartige Aufteilung wäre nur nördlich der Elbe möglich.

Die deutsche Gefahr, wie sie zuvielen unserer Landsleute noch vorschwebt, ist nichts mehr als eine geschichtliche Erinnerung... Deutschland war für Frankreich eine Bedrohung, als beide Staaten erste Rollen spielten in einem von der Welt losgelösten Europa, das allein in der Welt ein wirkliches Gewicht besaß. Der letzte deutsch-französische Krieg fand 1870/71 statt. Wieder 1914 noch 1939 war die Rivalität zwischen den Galliern und den Germanen Ursache einer wesentlichen Episode des Konflikts. Wenn Frankreich zwischen 1919 und 1939 erneut den deutschen Druck gefühlt hat, so nur deshalb, weil die vorübergehende Abseitsstellung Amerikas und Rußlands Europa nochmals für kurze Zeit in seine Einsamkeit zurückversetzt hat, eine Stellung, die jedoch dem neuen Gleichgewicht des Weltalls nicht mehr entspricht. Wenn man die Politik Richelieus im Jahrhundert der Atombombe und der Staatengebilde mit kontinentalen Ausmaß verfolgen will, läuft man die Gefahr eines tragischen Erwagens inmitten von Blut, Tränen und Machtlosigkeit."

"Es gibt eine deutsche Gefahr, aber nicht jene, die uns unsere Geschichtsbücher aufzeigen, sondern eine zukünftige Gefahr: daß sich ein elendes und verstümmeltes Deutschland, müde der Unordnung und des Elends, beraubt einer seines Genies würdigen Zukunft und völlig hoffnungslos, auf Geheiß und Verderb dem Kommunismus in die Arme wirft, weil es darin die einzige, ihm noch mögliche Lösung sieht. Dann könnten nur noch die Armeen aus Übersee die Sowjetisierung Europas verhindern, dann würde die abendländische Kultur für Jahrhunderte ausgelöscht werden, denn Amerika mit seinem Merkantilismus, seinen Maschinen und seinem Komfort könnte weder ihren Reiz noch ihren Geist erhalten."

"Die wahre Gefahr ist nicht die deutsche Einheit, sondern das deutsche Chaos. Und die Hoffnung der Einheit ist das einzige Mittel, um ein großes Volk, das sein Selbstbewusstsein noch nicht verloren hat, dem Chaos zu entreißen".

Hitler wollte nur Ja-Sager

Ein Blick auf die Außenpolitik des Gefreiten aus Braunau

An Hand seiner vertraulichsten Aufzeichnungen, unterstützt durch einen Reichtum an Dokumenten, wie sie durch das Nürnberger Internationale Militärtribunal in überraschender Fülle zutage gefördert wurden, hat Erich Kerdt, einstmalig Mitglied des Auswärtigen Amtes und auf einer Reihe von Posten im Ausland tätig, den Versuch unternommen, das Verhängnis des Dritten Reiches unter dem Aspekt seiner Außenpolitik nachzuzeichnen. ("Wahn und Wirklichkeit", die Außenpolitik des Dritten Reiches, Union Deutsche Verlagsgesellschaft, Stuttgart) So sehr der Verfasser bemüht war, das Ganze zu sehen, so hat er doch nicht verhindern können, dass es in erster Linie Hitler selbst ist, der dem Leser aus jeder Seite dieses Buches mit unheimlicher Dämonie entgegentritt.

Vor den Tatsachen zerfließt der letzte Schein von Staatsweisheit und Pflichtgefühl, von Gestaltungswillen und Sachkenntnis, der die Gestalt dieses Zynikers in den Augen seiner Anbeter unthüllt haben

mochte. Und in dem Masse, wie diese Hüllen einbrachen, gaben sie den Blick frei auf Hitler, wie er wirklich war: Einen von der Zwietracht sei ner Triebe geschüttelten Amorkömmling, der auf Macht sann, um der eigenen Inferiorität zu entinnen, dem die Weltgeschichte gerade gut genug dünkte, um die eigene Tyrannei zu glorifizieren.

War der Blick aller derer getrübt, die dennoch Hitler ihre Stimme gaben? "Schwache Regierungen und unzufriedene Völker überall in der Welt", so meint Erich Kordt, "schienen den Beweis dafür zu liefern, dass trotz aller abstossenden Züge seines Regimes Hitler den rechten Weg wusste. Von dieser allgemeinen Begriffsverwirrung blieben auch viele ausländische Persönlichkeiten nicht frei. Sie hatten die Bestänlichen in Deutschland zu paralisieren. Die hypochondrische Wirkung, die Hitler auf das Ausland ausübte, ist vielleicht noch schwerer zu verstehen als die auf das deutsche Volk". Und noch eines sollte nicht übersehen werden: Die Politik der leeren Proteste, mit denen die Westmächte Hitler Einhalt zu gebieten hofften, mussten bei einem Manne von der Bedenkenlosigkeit dieses Mannes zu immer neuen Rechts- und Vertragsbrüchen führen.

Zu den Figuren aus Hitlers Umgebung, die seiner Außenpolitik, wenn auch nicht die Wege geebnet haben (so viel Eigenwilligkeit hätte im Dunstkreis des Diktators niemals bestehen können!), so doch an ihrer Durchführung wesentlich beteiligt waren, gehört vor allem Joachim von Ribbentrop. "Hitler war gewohnt", so sagt Kordt, "dass die Personen seiner Umgebung die Richtigkeit seiner Auffassungen stets unter allen Umständen bestätigten. Ribbentrop machte sich dies zunutze und entwickelte die Methode des Ja-Sagens zu einer besonderen Kunst. Verwunderlich ist dabei eigentlich nur, dass es überhaupt noch möglich war, nach aussen hin wenigstens den Schein eines einigermaßen normalen Staatsbetriebes aufrechtzuerhalten."

Gab es einen gefährlicheren Schein? Mitten in dem Erdbeben, das sich über der Hitler'schen Außenpolitik zusammenbraute und vor dem diese Herausforderung der ganzen Welt schliesslich auf ihre Urheber zurückfiel, zeigte es sich, dass das, was die meisten Deutschen für Erfolge gehalten hatten, nur eine verführerisch glänzende Fassade gewesen war.

L.F.

Verantwortlich: Peter Reunau